

Bildung: Waldorfschulen können nach Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vorerst nicht mit höheren Landeszuschüssen rechnen

Enttäuschung über Richterspruch

Von
Fabian Busch und Joachim Rück

Die Entscheidung aus Leipzig ist da. Wer sich gestern an den beiden Waldorfschulen in Mannheim umhörte, traf auf Menschen, die wussten, was das bedeutete. Das Leipziger Bundesverwaltungsgericht (BVG) hätte gestern einen seit mehreren Jahren dauernden Rechtsstreit um die Finanzierung von Privatschulen in Baden-Württemberg beenden können. Doch es hat sich anders entschieden. Der Streit geht in die nächste Runde, und an den Mannheimer Waldorfschulen ist die Enttäuschung groß. „Eigentlich hätten wir uns gewünscht, dass uns das Verfahren weitergebracht hätte“, sagt Susanne Piwecki, Geschäftsführerin der Freien Interkulturellen Waldorfschule in der Neckarstadt.

Ausgangspunkt war der Fall einer Waldorfschule in Nürtingen, die höhere Zuschüsse vom Land einklagen will. Sie war vor dem BVG gelandet. Die Leipziger Richter aber haben tet und den Fall zurück an den Mannheimer Verwaltungsgerichtshof (VGH) verwiesen.

Schulen bangen um Existenz
Die dortigen Richter hatten 2010 entschieden, dass Eltern durch einen Privatschulbesuch ihrer Kinder nicht übermäßig belastet werden dürfen. Der VGH setzte das maximal zumutbare Schulgeld auf ein einmaltig niedriges Niveau von monatlich 70 Euro an und verlangte vom Land einen Ausgleich für einkommensschwache Familien.
Das Bundesgericht ist jedoch der Ansicht, der VGH habe 2010 „den

Waldorfschulen in Mannheim

Lehrer an Waldorfschulen unterrichten nach der Pädagogik des Anthroposophen Rudolf Steiner. In Deutschland gibt es rund 220 Waldorfschulen, alle in privater Trägerschaft. In Mannheim gibt es zwei dieser Bildungseinrichtungen.

Die Freie Waldorfschule in Neckarau feiert im kommenden Jahr ihr 40-jähriges Bestehen. Rund 800 Schüler können dort Abschlüsse vom Hauptschulabschluss über die Mittlere Reife bis zum Abitur machen.

Die Freie Interkulturelle Waldorfschule in der Neckarstadt wurde erst 2003 gegründet. Die aktuell rund 270 Schüler stammen aus 28 Nationen. Erklärtes Ziel der Schule ist es, Kinder aus verschiedenen Kulturen zusammenzubringen und gemeinsam lernen zu lassen. *fab*

Prognose- und Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers nicht hinreichend beachtet“. Die Klage der Waldorfschule habe nur dann Erfolg, wenn das Land seine Förderpflicht gegenüber Privatschulen grob vernachlässigt habe und „bei weiterer Untätigkeit der Bestand des Ersatzschulwesens evident gefährdet gewesen wäre“. Nun muss in Mannheim noch einmal neu verhandelt werden.

Von dieser drohenden Existenzgefährdung aber sprechen die Waldorfschulen. Die grün-rote Landesregierung hatte angekündigt, Privatschulen künftig 80 Prozent ihrer Kosten ersetzen zu wollen. Doch der Waldorfschulverband hält das bei



Die Freie Interkulturelle Waldorfschule in der Neckarstadt (unser Bild) will Kinder verschiedener Gesellschaftsschichten und Kulturen zusammenbringen. Hohes Schulgeld kann sie von den meisten Familien dafür nicht verlangen. BILD: TROSTER

dem aktuellen Haushaltsentwurf der Landesregierung nicht für möglich. In Mannheim gibt es zwei Waldorfschulen – eine in Neckarau und eine in der Neckarstadt. Beide Schulen können mit den staatlichen Zuschüssen rund 60 Prozent ihrer Gesamtausgaben bestreiten. Den Rest müssen sie selbst finanzieren. Gerade für die Freie Interkulturelle Waldorfschule am Neuen Messplatz ist das äußerst schwierig. „Wir haben das Ziel und die Aufgabe, dass alle Familien ihre Kinder auf unsere Schule schicken können“, sagt Geschäftsführerin Piwecki. Da die Schülerschaft aber zu einem großen Teil aus wenig finanzstarken Migrantenfamilien stammt, kann sie kein hohes Schulgeld verlangen. Eigentlich wären rund 200 Euro pro Schüler und Monat nötig, doch da viele Eltern sich so einen Batzen nicht leisten können, sind die Beiträge für die meisten deutlich niedriger. Manche Familien zahlen überhaupt kein Schulgeld. Daher ist die Schule auch auf die Unterstützung durch Stiftungen angewiesen.
Nicht besser ergeht es der Freien Waldorfschule im Süden der Stadt. Im zweiten Jahr in Folge ist der Schulhaushalt defizitär. Und Geschäftsführer Reinhard Braun scheut sich nicht, das Wort „Existenzgefährdung“ ebenfalls in den Mund zu nehmen. Zwar hat die Schule einen relativ großen Verein im Rücken. Doch die Landeszuschüsse sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurückgegangen. „Wenn die Bedingungen so bleiben, kann man ein Ende für die Schule absehen“, so Braun. Die Altersversorgung der Lehrer musste die Schule bereits streichen. „Sonst hätten wir 2020 Konkurs anmelden müssen.“